

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



Musiker:innen aus Ramallah in dem Lokal, das sie jetzt nicht mehr benutzen dürfen.

AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

PALÄSTINA

Palestine Music Space

«Der Palestine Music Space» (PalMS)* ist wie eine kleine Kerze, die einen Weg in der Dunkelheit erhellt, die Zwänge des Alltags durchbricht und mir einen Raum bietet, in dem ich Herausforderungen mit Stolz und Widerstandskraft begegnen kann. Ich bin eine Palästinenserin, die sich durch Musik ausdrückt und von ihrem Leben erzählt und darin eine Quelle der Hoffnung und der Unterstützung findet – all das dank des PalMS.» (Aseel)

Nadeem, 18 Jahre alt, schaut auf sein Handy. Er will wissen, ob er in Sicherheit das Haus verlassen kann. Mehrmals pro Woche ziehen israelische Soldat:innen durch sein Viertel Kafr'Aqab¹, um Bewohner:innen einzuschüchtern und zu schlagen. Manchmal werden Menschen aus ihren Familien gerissen und verschwinden, um nie wieder zurückzukehren. Über Messenger-Dienste informieren sich die Bewohner:innen, wann die Soldaten kommen und wann sie wieder gehen. Die Menschen haben Angst, ohne Grund verhaftet oder verletzt zu werden.

Nadeem wartet ungeduldig darauf, dass die Soldaten abziehen, denn er will sich mit seinen Freunden und Freundinnen im «Palestine Music Space» (PalMS) in Ramallah treffen.

Als er jünger war, war er sehr schüchtern und hatte nicht viele Freunde.

Eines Tages, kurz nachdem er mit dem Gitarrespielen angefangen hatte, erzählte ihm seine Mutter, dass Nasim, der Geigenlehrer seiner Schwester, auch im PalMS arbeitet. Nadeem war damals 16 Jahre alt. Eine Woche später ging er mit seinem Freund Ghassan hin, der Gaza verlassen hatte, nachdem er mehrere Familienmitglieder und das Elternhaus verloren hatte. «Ghassan hatte etwa zur gleichen Zeit angefangen, Gitarre zu lernen, und ein Freund hatte ihm von diesem Ort erzählt. Also gingen wir hin, und es war das erste Mal, dass wir bei einer Jam-Session dabei waren. Es war einfach unglaublich, dort zu sitzen und zuzuhören! Kurz darauf sagte Nasim mir,



Palestine Music Space

Liebe Leser:innen,

schön, dass die Mehrheit der stimmberechtigten Bevölkerung in der Schweiz am 14. Juni gezeigt hat, dass ihr Vielfalt lieber ist als Einfach; dass Ausgrenzung keine adäquate Massnahme ist, um den Schwierigkeiten unserer Zeit zu begegnen. Ein kleiner Sieg gegen die menschenverachtende Politik auf dieser Welt. Im September geht es weiter – unter anderem mit der Grossdemonstration „Zwischen uns keine Grenzen“ am 26. September in Bern. Bis dahin wünschen wir Euch einen erholsamen Sommer!

Euer Redaktions-Team

wenn wir Hilfe bräuchten, um eine Band zu gründen, könne er uns helfen, und das PalMS auch. Wir waren total begeistert, sagten zu, und von da an kamen wir regelmässig dorthin und gründeten unsere Band.

Als ich älter wurde, verlor ich nach und nach meine Scheu, mit Fremden zu sprechen. Ich bin froh, dass ich geselliger geworden bin, denn die Leute, die ins PalMS kommen, helfen sich gerne gegenseitig und haben Spass an der Musik und auch sonst. Es ist eine ganz besondere Atmosphäre. Ghassan und ich sind uns dank der Gitarre und der Musik näher gekommen. Früher waren wir eher Bekannte als Freunde, aber sobald wir beide angefangen hatten zu spielen, haben wir uns besser kennengelernt. Er ist jetzt einer meiner besten Freunde, auch abseits der Musik. Aber ohne die musikalische Verbindung, die wir teilen, wären wir uns sicher nie so nahe gekommen.

Es ist wirklich schrecklich, aufzuwachen und zu erfahren, dass Menschen getötet oder ihren Familien entrissen werden durch die Besatzungsmacht, die im Westjordanland all diese Gräueltaten verübt. Es ist wirklich eine beschissene Situation, vor allem in Gaza. Tausende von Menschenleben werden durch den Krieg und die unaufhörliche Gewalt der Besatzungsmacht ausgelöscht. Kürzlich wurde die Schwester einer der Musikerinnen von PalMS zusammen mit drei weiteren Freundinnen mitten in der Nacht aus ihrem Studentenwohnheim an der Universität Birzeit entführt. Ein Freund von mir telefonierte gerade mit ihr, sie unterhielten sich, als fünf Soldaten den Schlafsaal betraten. Sie legte sofort auf. Sie wurden verhört, die Soldaten fragten sie, ob sie Verbindungen zu Terroristen hätten. Aber das sind doch nur Studentinnen! Unser ganzes Leben wird von Razzien und Checkpoints² bestimmt. Aber Musik zu komponieren und einfach Spass zu haben – das hört nicht an einem Checkpoint auf. Es ist gewissermassen ein Zeichen des Widerstands, denn natürlich können sie kontrollieren, wie du an einen Ort gelangst, aber sie werden niemals deine Kreativität kontrollieren können.»

Ghassan wohnt ganz in der Nähe des PalMS-Geländes in der Altstadt von Ramallah. «Im Gegensatz zu anderen Musikerinnen, die aus Jerusalem, Jaffa oder Hebron

kommen, war es für mich nicht schwer, dorthin zu gelangen, es sei denn, die Soldaten der IAF³ führten Razzien in den Strassen von Ramallah durch. In diesem Fall ging ich nicht hin, aus Angst, angegriffen zu werden oder zu sehen, wie Freunde oder andere Menschen angegriffen werden. Bevor ich das PalMS entdeckte, hatte ich nur vier oder fünf Bekannte, die ein Instrument spielten, aber sie wussten nicht viel über Musik, abgesehen von dem, was die Lehrer für klassische Musik an den örtlichen Musikschulen unterrichteten. Dank des PalMS habe ich eine neue Gemeinschaft kennengelernt, Menschen, die dasselbe Ziel hatten wie ich und die so grosszügig waren, mir zu helfen und mich an ihrer Erfahrung teilhaben zu lassen. Ich habe zwei junge Musiker wie mich kennengelernt, Yazan und Ahmad, und zusammen mit Nadeem, den ich bereits kannte, haben wir unsere Band Laffeh gegründet. Zusammen mit Jenelle, die wir hier kennengelernt haben, komponierten wir unseren ersten Song: Shubbak.

Ohne das PalMS und die neuen musikalischen Kontakte, die ich geknüpft habe, hätte ich niemals mein aktuelles Niveau erreichen können, noch all diese Konzerte spielen können, noch Zugang zu all dem Wissen gehabt, um mich weiterentwickeln zu können. Was wir tagtäglich durchmachen, zeigt die Kunst, die vom PalMS ausgeht, jedem Menschen, der in einer ähnlichen Situation lebt. Die meisten Bands schreiben über Emotionen und Gedanken im Zusammenhang mit der Besatzung, denn das ist das Einzige, woran wir noch denken können. Und es ist die Musik, die es uns ermöglicht, uns in diesem Gefängnis dennoch frei zu fühlen. Unsere Gesellschaft ist überwiegend konservativ, vor allem hier in Ramallah und in den umliegenden Städten und Dörfern. Der Anfang war daher nicht einfach, aber mit der Zeit haben uns immer mehr Menschen akzeptiert und sie erkennen den Wert dieses Projekts.»

Licht inmitten der Finsternis

Aseel sitzt im Bus. Es ist noch früh. Sie wartet vor einer geschlossenen Schranke. Ungeduldig beobachtet sie jede Bewegung der Soldaten draussen und hofft, dass sich das Tor öffnet und einer von ihnen dem Bus ein Zei-

chen gibt, weiterzufahren. Von Jerusalem aus muss sie mindestens dreimal umsteigen, um zum PalMS zu gelangen. Wenn alles gut läuft, dauert das eine Stunde. «Aber mit den Krisen an den Checkpoints wird es viel schwieriger. Es gibt etwa fünf Checkpoints auf dem Weg; das bedeutet viel Wartezeit und Energieverschwendung. Oft schliessen die Soldaten plötzlich einen Checkpoint, was zu Staus führt, und ich muss eine andere Route finden, was die Fahrzeit vervielfacht – manchmal zwei, drei, vier Stunden, nur für eine Probe. Diese Hindernisse machen die Teilnahme zu einer täglichen Herausforderung, aber sie verstärken in meinen Augen auch den Wert des PalMS, denn es ist ein Ort, der all diese Anstrengungen wert ist und mir ein Gefühl von Freiheit und Zugehörigkeit vermittelt. Ich gehe zwei bis drei Tage pro Woche dorthin.

Früher gab es keinen Ort, an dem wir uns einfach treffen konnten, und die meisten Musikerinnen arbeiteten allein oder in einem sehr kleinen Kreis. Manchmal begegneten wir uns zufällig bei Konzerten oder Veranstaltungen, aber es gab keine organisierte Struktur, um uns miteinander in Kontakt zu bringen. Dank des PalMS können wir uns ganz natürlich treffen, Ideen austauschen und zusammenarbeiten. Viele talentierte Musikerinnen kommen, um die Jugendlichen zu unterstützen, und dieser Austausch trägt wesentlich zu unserer musikalischen Entwicklung bei. Hier kann ich all den Druck und die Emotionen, die ich in mir trage, zum Ausdruck bringen. Selbst wenn ich mich eingeengt fühle und mit schwierigen Umständen konfrontiert bin, gibt mir dieses Projekt die Ausdauer, damit umzugehen. Die Leidenschaft, die in mir pulsiert, stärkt meine Entschlossenheit, Entfernungen und Hindernisse zu überwinden, und verwandelt meine Emotionen in Musik, die eine Botschaft der Stärke und Ausdauer in sich trägt.

Im PalMS habe ich Musikerinnen mit unterschiedlichem Hintergrund kennengelernt, und wir sind sowohl in der Musik als auch im Leben Freundinnen geworden. Diese Freundschaften haben mir psychologische und künstlerische Unterstützung gegeben und die Tür zu gemeinsamen Projekten, Konzerten und sogar zu Aufnahmen geöffnet, die ich

Aseel (Mitte) mit ihrer Band «Fantazy».





Die Band «Laffeh» mit Ghassan und Nadeem (links) in Ramallah.

mir nie hätte vorstellen können. Die künstlerischen Verbindungen, die hier entstehen, sind nicht nur Kooperationen, sondern bilden eine musikalische Familie. Ich fühle mich hier zu Hause. Wenn ich Musiker:innen treffe, die unter denselben Bedingungen leben wie ich, habe ich das Gefühl, dass wir uns ganz natürlich verstehen, ohne dass viele Erklärungen nötig sind. Das gibt mir Selbstvertrauen und macht die Musik, die wir gemeinsam schaffen, authentischer und tiefgründiger. Hätte ich diese Freundschaften und musikalischen Verbindungen nicht, wäre das Leben viel schwieriger. Ich würde mich angesichts all dieses Drucks allein fühlen und hätte vielleicht die Motivation verloren, weiterzumachen. Natürlich gibt es Menschen, die nicht akzeptieren, was wir tun, vor allem unter den aktuellen Umständen. Sie finden, dass Musik kein geeignetes Ausdrucksmittel ist. Sie sehen sie als Unterhaltung, nicht als Trägerin von Sinn und Bedeutung. Aber im Allgemeinen wird das PalMS gut aufgenommen, denn es hilft unserer Generation, sich frei auszudrücken, und bietet ihr ein sicheres Umfeld, das Experimentierfreudigkeit und Kreativität fördert. Für mich ist dieser Ort ein wahres Paradies für junge Menschen; sie finden hier einen Ort, an dem sie sich ausdrücken können, Hilfe erhalten und die notwendigen Ressourcen – und das alles kostenlos. Die Schönheit dieser Erfahrung ist grenzenlos. Wie der Name schon sagt, ist das PalMS ein Raum; er öffnet Türen zum Licht inmitten der Dunkelheit und beweist, dass Kreativität keine Grenzen kennt.»

Asafir – Flügel, um frei zu singen

Während eines längeren Aufenthalts im Westjordanland Anfang 2026 wollte ich Musiker:innen vor Ort treffen. Jemand hatte mir von einem Ort erzählt, an dem zweimal

pro Woche Jam-Sessions stattfänden. Neugierig machte ich mich auf den Weg dorthin und traf Dutzende junger Musiker:innen mit überschäumender Kreativität, die sehr aufgeschlossen waren und einen bemerkenswerten Gemeinschaftsgeist sowie eine grosse Dynamik an den Tag legten. Der «Palestine Music Space» bestand aus zwei mit Instrumenten gefüllten Räumen im Zentrum von Ramallah, die den ganzen Tag bis 21 Uhr geöffnet waren, ohne irgendeine kommerzielle Nutzung. Ich verbrachte dort die gesamte letzte Woche meines Aufenthalts.

Seit 2023 war der PalMS in Räumlichkeiten der Gemeinde Ramallah untergebracht, doch im März 2026 entzog diese die Nutzung. Seitdem suchen alle Beteiligten nach einem neuen Ort, was angesichts des extremen Drucks auf dem Immobilienmarkt in Ramallah – bedingt durch die fortschreitende Besetzung des Westjordanlands – nicht einfach ist. Mir wurde bewusst, wie tief ihre Verbundenheit ist, welche emanzipatorische Kraft von der Kreativität ausgeht, wie schön ihre Musik ist und welche Stärke sie darin finden. Ich habe auch ihren grossen Wunsch kennengelernt, die Welt jenseits der Mauern und Kontrollen kennenzulernen und von ihr wahrgenommen zu werden – trotz aller damit verbundenen Risiken. Und mir wird klar, dass dieser Wunsch auch bei uns existiert. Angesichts der Ohnmacht, die so viele von uns empfinden, ist die Begegnung mit Menschen voller Kreativität, Mut und Schönheit ein Hauch frischer Luft. Es handelt sich um den lebenswichtigen Sauerstoff, den wir brauchen, um unser Engagement gegen Gewalt und Ungerechtigkeit fortzusetzen. Zusammen mit einem Freund bauen wir gerade das Projekt Asafir (Vögel auf Arabisch) auf, um

einen regelmässigen Austausch mit diesen jungen Musiker:innen zu verwirklichen: Konzerte, Residenzen, Aufnahmen usw. Zögert nicht, mich über das Europäische Bürger:innen Forum (ch@forumcivique.org) zu kontaktieren, falls Ihr interessiert seid.

Iker

*www.palestinemusicspace.com

1. Kafr' Aqab gehört zu dem Gebiet, das nach der Besetzung durch Israel im Jahr 1967 annektiert und an Jerusalem angegliedert wurde. Da die Mauer dieses Viertel jedoch von Jerusalem, nicht aber von Ramallah trennt, sind die Bewohner:innen von Kafr' Aqab näher an Ramallah.
2. Ein Checkpoint ist eine permanente Kontrollstelle, an der Menschen und Gepäck bei jedem Durchgang von Soldaten kontrolliert werden. Die Dauer eines Durchgangs ist unvorhersehbar.
3. IAF: «Israeli Attack Force»: eine der Bezeichnungen für die israelische Armee (deren offizieller israelischer Name «Israeli Defence Force» lautet)

EBF Jahresbericht 2025

Wer mehr über die Aktivitäten des Europäischen Bürger:innen Forums erfahren möchte, kann den Jahresbericht 2025 mit Jahresrechnung und Bilanz bei uns bestellen. Er umfasst 40 Seiten mit vielen Fotos und ist nach folgenden Bereichen gegliedert, in denen wir engagiert sind: Krieg in der Ukraine, Migration und Ausbeutung, Flucht und Exil, Naher Osten, Lebensgrundlagen und Autonomie, Schutz vor Willkür und Repression.

Bestellen bei:
Europäisches Bürger:innen Forum, Postfach, CH-4001 Basel,
ch@forumcivique.org.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Borkanyuka 95
UA-90440 Nischnje Selischtshe
Tel. +380 67 31 27 970
ua@forumcivique.org

Jean Ziegler

1934-2026

Kaum ein Intellektueller im deutschsprachigen Raum hatte in den letzten Jahrzehnten für soziale Bewegungen, Gewerkschaften, für Studierende, Klimaschützer:innen und Menschenrechts-Aktivist:innen eine so wichtige Bedeutung wie Jean Ziegler.

Geboren 1934 im Schweizer Thun, wurde Ziegler Soziologe und Uno-Mitarbeiter. Er war Genfer Abgeordneter im Nationalrat für die Sozialdemokratische Partei und erlangte durch seine zahlreichen Bücher Weltbekanntheit. Viele Jahrzehnte lang setzte er sich für die Menschen ein, die Frantz Fanon die «Verdammten der Erde» genannt hat. Zunächst als UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, dann als Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats kämpfte er gegen Hunger und Unterdrückung, für Menschenrechte und Frieden. Er legte sich mit den Schweizer Banken an und unterstützte seit den 1950er-Jahren Befreiungsbewegungen im Globalen Süden. Ich hatte das Privileg, ihn auf seinen Reisen zu begleiten und mit ihm zusammenzuarbeiten.

Bei unzähligen Diskussionsveranstaltungen, Fernseh- und Radiosendungen hat Jean Ziegler zitiert, was ihm einst Che Guevara, dessen Chauffeur er im Jahr 1964 in Genf war, mit auf den Weg gab: «Comandante, ich will mit euch gehen», hatte der junge

Ziegler gesagt und erhielt von Che prompt eine gewaltige Abfuhr. Hier, im Herzen der Bestie, solle er kämpfen, und nicht an Orten und unter Bedingungen, für die er in keinsten Weise geeignet sei. Jeder, so das Credo des «Comandante», müsse dort kämpfen, wo er oder sie sei. Ziegler betonte immer wieder, wie enttäuscht und gekränkt er damals war – doch die Aufforderung des Che öffnete für ihn ein riesiges Handlungsfeld. Ziegler begab sich auf den Weg der, wie er es nennt, «subversiven Integration» in die Institutionen und arbeitete viele Jahre für die Uno. Als Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung setzte er neue Massstäbe. Bekannt und vielzitiert ist sein Ausspruch: Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet.

Jahrzehntelang Soziologe

Zieglers jahrzehntelange Arbeit als Soziologe erstreckte sich auf zahlreiche weitere Themengebiete. So setzte er sich dafür ein, dass die gestohlenen Reichtümer der Diktatoren aus dem Globalen Süden, die auf den Schweizer Banken lagern, zurückgegeben werden – beispielsweise die Milliarden des kongolesischen Langzeitdiktators Mobutu. In den 1990er-Jahren kämpfte Ziegler dafür, dass Angehörige der Opfer der Shoah Zugang zu den sogenannten «nachrichtenlosen» Bankkonten in der Schweiz bekommen konnten. Schweizer Banken mussten nach massivem Druck einen Vergleich mit den Nachfahren der ermor-

deten Jüdinnen und Juden schliessen und ihnen schliesslich 1,2 Milliarden Dollar ausbezahlen. Zieglers wohl berühmtestes Buch «Die Schweiz, das Gold und die Toten» hatte daran einen wesentlichen Anteil.

Seit jeher beschäftigte sich Jean Ziegler mit der Frage der Inkarnation einer politischen Widerstandsidee. Nicht Fantasien und Utopien würden ihn interessieren, sondern vielmehr, was wirklichkeitsverändernd umsetzbar sei und unter welchen Bedingungen eine Idee zur materiellen Kraft wird. In Büchern wie «Der schmale Grat der Hoffnung» oder «Ändere die Welt» setzte er sich intensiv mit diesen Fragen auseinander.

Verbunden mit dem Kongo

Jean Zieglers Massstab für politisches Handeln war stets global. Seit dem Beginn seiner beruflichen Laufbahn war er eng mit dem afrikanischen Kontinent und im Speziellen mit dem Kongo verbunden. Dem kongolesischen Freiheitshelden und ersten Premierminister des Landes, Patrice Lumumba, widmete er ausführliche soziologische Studien. Zieglers einziger Roman «Das Gold von Maniema» handelt von den Unabhängigkeitskämpfen im Kongo der 1960er-Jahre. Ziegler arbeitete darin die Zeit auf, die er selbst als junger Uno-Mitarbeiter vor Ort verbrachte.

Bertolt Brecht sagte einst, ein Buch könne eine Waffe sein. Ziegler begriff seine Bücher stets als Waffe für die kollektive Bewusstseinsbildung, welche die Voraussetzung bildet für jegliche real stattfindende, materielle Transformation unserer Gesellschaft. Zieglers Erfahrung lehrte ihn, dass es nicht ausreicht, auf nur einer Ebene aktiv zu sein: Aktionen der Zivilgesellschaft müssen sich produktiv ergänzen mit der Arbeit in den Institutionen. Wer Jean Ziegler reden gehört hat, hat sich einen weiteren Satz eingeprägt: Sich auf seinen Mentor Jean-Paul Sartre berufend, sagte Ziegler häufig: «Wer die Menschen liebt, muss sehr stark hassen, was sie unterdrückt.» «Was», wohlgemerkt, nicht «wer». Denn es ist die strukturelle Gewalt unserer Weltordnung, die bekämpft werden müsse.

«Übers Ziel, doch nie daneben»

«Jean Ziegler schießt oft übers Ziel, doch nie daneben», sagen seine Kritiker. Immer wieder wurde auch behauptet, Ziegler habe sich



EIN WEGGEFÄHRTE

Jean Ziegler war ein wichtiger Weggefährte von uns; oft fanden wir uns in denselben Engagements für eine gerechtere Welt wieder. Bei den persönlichen Begegnungen war er ausgesprochen herzlich und immer ansprechbar für unsere Anliegen. Unsere zahlreichen Aufrufe, z. B. für eine offene Asylpolitik, unterschrieb er jeweils als Erstunterzeichner. Seit der «Freiplatzaktion für Chile-Flüchtlinge» nach dem Militärputsch 1973 waren wir miteinander verbunden. Damals stand er als junger Nationalrat auf dem Genfer Flughafen, als die ersten fünf Chilen:innen gegen den Willen des Bundesrates in der Schweiz landeten. Es ging darum, eine Rückweisung der Verfolgten zu verhindern – es gelang. Zeit seines Lebens war Jean jemand, auf den «die Verdammten dieser Erde» zählen konnten. Wir erinnern uns an seine Warmherzigkeit, Diskutierfreudigkeit und Unbeugsamkeit. Compañero Jean, presente!

Für das Europäische Bürger:innen Forum:
Michael Rössler

durch seine Aktionen selbst bereichern wollen – doch das Gegenteil ist der Fall: Seine Kapitalismuskritik brachte ihm dutzende Klagen ein, die ihn nahe an den finanziellen Ruin trieben. Bei jedem unserer Telefonate erinnerte mich Ziegler daran, meine Privilegien zum Wohl anderer zu nützen. Denn von den Millionen Opfern der «kannibalischen Weltordnung», wie Ziegler sie nannte, trennt uns nur der Zufall der Geburt. Der gemeinsame Kampf für Gerechtigkeit, so Ziegler,

sei das eigentliche sinnstiftende Element im Leben. In den letzten Wochen wurden unsere Telefonate, die davor wöchentliche Routine waren, seltener. Bei meinem letzten Besuch sprach er kaum noch. Am 10. Juni ist Jean Ziegler im 93. Lebensjahr in Genf gestorben. Sein unermüdliches Engagement, seine ungeheure Schaffenskraft, seine analytische Stärke, seine feine Ironie und nicht zuletzt seine herzliche, fröhliche und humorvolle Art waren für mich und für unzählige andere

Menschen eine unersetzbare Motivations- und Inspirationsquelle. Lebewohl, Jean, du wirst uns fehlen!

Alexander Behr*

*Alexander Behr, Mitglied des Europäischen Bürger:innen Forums in Österreich, ist Politikwissenschaftler und Publizist in Wien. Er arbeitete viele Jahre mit Jean Ziegler zusammen, unter anderem im Rahmen von Delegationsreisen der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation «Medico international» und zahlreicher Publikationsprojekte, u. a. Alexander Behrs Buch «Globale Solidarität» (Oekom-Verlag, München 2022).

MALI

Ungewisse Zukunft

Seit mehreren Jahren durchlebt Mali eine vielschichtige Krise, die von Unsicherheit, politischer Instabilität, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und tiefgreifender sozialer Unzufriedenheit geprägt ist. Diese Situation versetzt die Bevölkerung in ständige Sorge und wirft zahlreiche Fragen zur Zukunft der malischen Nation auf.

Sowohl in den Städten als auch auf dem Land herrscht ein Gefühl der Unsicherheit vor. Viele Malier:innen haben mittlerweile den Eindruck, dass sich das Land in einer endlosen Krise befindet.

Seit dem Sturz von Präsident Ibrahim Boubacar Keïta, im August 2020, erlebt Mali einen politischen Kurswechsel, der als Bruch mit dem alten System dargestellt wird. Unter seiner Präsidentschaft¹ hatte sich die Sicherheitslage stark verschlechtert. Terroranschläge nahmen in mehreren Regionen des Landes zu, insbesondere im Zentrum und im Norden. Dörfer wurden regelmässig angegriffen, Zivilist:innen massakriert; Soldaten kamen fast täglich ums Leben und Tausende von Familien waren gezwungen, aus ihren Ortschaften zu fliehen. Diese Tatsachen hatten immense Wut in der Bevölkerung ausgelöst. Viele warfen der Regierung vor, sie sei unfähig, die Bevölkerung zu schützen und die staatliche Autorität im gesamten Staatsgebiet wiederherzustellen. Zu dieser Sicherheitskrise kamen Vorwürfe der Korruption, der schlechten Regierungsführung und der Veruntreuung öffentlicher Gelder hinzu. Die Bevölkerung hatte nach und nach das Vertrauen in die staatlichen Institutionen verloren.

Das Militär an der Macht

In diesem Kontext entstand die M5-RFP (Bewegung des 5. Juni – Bündnis der patriotischen Kräfte), eine Koalition aus religiösen Führern, Akteur:innen der Zivilgesellschaft, politischen Oppositionellen und ehemaligen Verantwortlichen des Regimes. Die Bewegung organisierte regelmässig grosse Demonstrationen in Bamako, um den Rücktritt des Präsidenten zu fordern. Die Bewegung prangerte zudem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten,

die steigende Arbeitslosigkeit, den Zusammenbruch des Bildungssystems sowie die sich ständig verschärfende Sicherheitskrise an.

Im August 2020 griff das Militär ein und stürzte Präsident Ibrahim Boubacar Keïta. Viele Malier:innen begrüßten diese Machtübernahme mit der Hoffnung, dass sie ein neues Kapitel in der Geschichte des Landes einläuten würde. Das Militär hatte einen kurzen Übergang versprochen, der Mali wieder auf den Weg zu institutioneller Stabilität bringen sollte.

Eine von Bah N'Daw² geleitete Übergangsregierung wurde eingesetzt, um die internationale Gemeinschaft zu beruhigen und den Willen zu einer raschen Rückkehr zur verfassungsmässigen Ordnung zu demonstrieren. Diese Übergangsphase wurde jedoch schnell durch interne Spannungen geschwächt. Nach nur wenigen Monaten wurde Bah N'Daw aus dem Amt entfernt. Offiziell war von politischen Differenzen an der Spitze des Staates die Rede. Für einen Teil der Öffentlichkeit offenbarte diese Episode jedoch vor allem das Vorhandensein von Machtkämpfen innerhalb der Militärführung selbst.

Nach diesem zweiten Staatsstreich etablierte sich Assimi Goïta³ als starker Mann des Landes. Er versprach damals einen zwölfmonatigen Übergang bis zur Durchführung von Wahlen. Im Laufe der Zeit wurde dieser Zeitraum jedoch mehrfach verlängert. Die Behörden begründeten diese Verschiebungen mit der Notwendigkeit, das Land zu stabilisieren und den Terrorismus vor möglichen Wahlen wirksam zu bekämpfen. Während dieser Zeit wurden mehrere politische Initiativen ins Leben gerufen, insbesondere der «inklusive nationale Dialog»⁴ und der «inter-malische Dialog»⁵. Diese Treffen sollten es den ver-

schiedenen Teilen der Nation ermöglichen, einen Konsens über die Zukunft Malis zu finden. Trotz dieser Initiativen blieben die politischen und sozialen Spaltungen jedoch tiefgreifend.

Parallel dazu vollzog sich im politischen Diskurs der Machthaber ein grundlegender Wandel. Nach dem zweiten Staatsstreich rückte die Frage der nationalen Souveränität in der Kommunikation der Übergangsbehörden in den Mittelpunkt. Frankreich, ehemals Malis bevorzugter militärischer Partner, wurde nach und nach zum Hauptziel offizieller und öffentlicher Kritik. Die Behörden warfen den französischen Streitkräften insbesondere vor, es nicht geschafft zu haben, dem Terrorismus ein Ende zu setzen. Der Abzug der französischen Truppen wurde von einem bedeutenden Teil der Bevölkerung als politischer und symbolischer Sieg wahrgenommen. Viele sahen darin einen Akt wiedergewonnener Souveränität. In der Folge verliess auch die «Integrierte Multidimensionale Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali» (MINUSMA)⁶ das Land. Diese Abzüge haben das sicherheitspolitische und diplomatische Gleichgewicht in der Region tiefgreifend verändert.

Parallel dazu nahmen die Übergangsbehörden mehrere bedeutende institutionelle Reformen in Angriff. Im Jahr 2023 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, um die Befugnisse des Präsidenten zu stärken und bestimmte Institutionen neu zu definieren. Im Jahr 2024 wurden dann die Aktivitäten politischer Parteien und Vereinigungen mit politischem Charakter momentan ausgesetzt. Im Mai 2025 geschah dies erneut, da eine grosse Zahl von Menschen ein breites Bündnis gebildet hatte, um die Rückkehr zur ver-

Die Solikarte in der Schweiz

Cumulus-Punkte spenden für Menschen in Not! Noch nie war das Spenden so einfach und so effektiv: Seit über 17 Jahren sammelt das ehrenamtlich tätige Solikarte-Kollektiv Cumulus-Punkte des Schweizer Grossverteilers Migros.

Damit können vor allem abgewiesene Asylsuchende in der ganzen Schweiz unterstützt werden, die sonst gezwungen sind, mit einer äusserst mageren Nothilfe zu leben.

Mehr dazu auf beiliegender Postkarte und auf www.solikarte.ch

fassungsmässigen Ordnung zu fordern. Die Massnahme der Regierung rief heftige Kritik seitens eines Teils der politischen Klasse und von Menschenrechtsorganisationen hervor. Mehrere Oppositionelle und politische Akteure, die eine rasche Rückkehr zur verfassungsmässigen Ordnung befürworteten, prangerten eine fortschreitende Verengung des demokratischen Raums an. Was die Sicherheitslage betraf, so blieb die Situation äusserst besorgniserregend. Terroranschläge trafen weiterhin verschiedene Regionen des Landes. Im September 2024 richteten sich Anschläge gegen strategische Einrichtungen, insbesondere gegen die Gendarmerie und den internationalen Flughafen. Diese Ereignisse schockierten die Bevölkerung zutiefst, da sie zeigten, dass selbst Gebiete, die als stark gesichert galten, verwundbar sind.

Ein gefährliches Bündnis

Im April 2026 wurde die Besorgnis durch einen gross angelegten Angriff auf die Stadt Kati⁷, ein Symbol der militärischen Macht, verstärkt. Dabei kam der Verteidigungsminister, General Sadio Camara, ums Leben. Dieser Angriff warf zahlreiche Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Fähigkeit des Staates auf, der terroristischen Bedrohung zu begegnen. Für viele Malier-innen war es schwer nachvollziehbar, wie bewaffnete Gruppen weiterhin Operationen von solcher Intensität durchführen konnten. Am 25. April 2026 verlor die malische Armee die Region Kidal im Norden. Die Tuareg-Bewegung «Azawad»,

die mit der salafistisch-dschihadistischen Bewegung JNIM (Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime) verbündet ist, griff strategische Punkte an, darunter Kati und mehrere Militärstützpunkte. Dieser aus dem Nichts kommende Hinterhalt und dieses Bündnis verliehen den Separatisten und Dschihadisten neuen Schwung, um die Region Kidal, die im November 2023 von der malischen Armee zurückerobert worden war, erneut zu belagern und zurückzugewinnen. Viele Malier-innen stellten sich dazu eine Reihe von Fragen: «Wie konnte eine Armee, die angeblich an Stärke gewinnt, auf diese Weise geschlagen werden? Wie war es möglich, dass die russischen Söldner und malischen Soldaten Kidal kampfflos verliessen? Welche Verantwortung trugen die Geheimdienste?» Mit der Errichtung einer Blockade um Bamako durch bewaffnete Gruppen verschärfte sich die Lage weiter. Mehrere Verkehrsachsen sind lebensgefährlich oder sogar unpassierbar geworden. Diese Situation hatte schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Folgen. Die wirtschaftlichen Aktivitäten haben stark nachgelassen, die Preise für Grundnahrungsmittel sind gestiegen und die Transportunternehmer leben in ständiger Angst vor Angriffen. In einigen Gebieten wurden Lastwagen in Brand gesteckt, Reisende angegriffen und die Bevölkerung terrorisiert. Viele beklagen das Fehlen einer starken Reaktion, um die Strassen zu sichern und eine Wiederaufnahme des Handels zu ermöglichen. Diese fortschreitende Lähmung

schürt bei vielen Bürger-innen ein Gefühl der Verlassenheit.

Jagd auf Oppositionelle

In diesem ohnehin schon sehr angespannten Klima wurden verschiedene Persönlichkeiten fälschlicherweise der Komplizenschaft mit bewaffneten Gruppen beschuldigt. Entführungen, Verhaftungen und Verschleppungen, die sich gegen politische Persönlichkeiten und Akteur-innen der Zivilgesellschaft richten, gehen eindeutig auf das Konto der Übergangsregierung und haben sich seit dem Angriff vom 25. April 2026 verstärkt. Alle, die sich für eine Rückkehr zur verfassungsmässigen Ordnung einsetzen, werden gejagt. Man muss feststellen, dass die Grundrechte in Mali immer weiter eingeschränkt werden. Heute erscheint Bamako als eine Hauptstadt unter Druck, geprägt von Unsicherheit, Angst und Perspektivlosigkeit.

Ein grosser Teil der Bevölkerung ist der Ansicht, dass sich die Übergangsbehörden mehr um ihre internationalen Bündnisse kümmern, insbesondere mit Russland, als um die alltäglichen Sorgen der Malier-innen. Die zunehmende russische Präsenz im Militär- und Sicherheitsbereich löst in der Öffentlichkeit hitzige Debatten aus. In Bamako stösst sie teilweise auf Begeisterung, weil immer noch die Meinung herrscht, die Russen könnten die Dschihadisten vernichten. In anderen Teilen des Landes hat die Bevölkerung jedoch Angst vor ihnen aufgrund ihrer Brutalität. Auf den Strassen drehen sich die sonstigen Diskussionen um die steigenden Lebenshaltungskosten, die Jugendarbeitslosigkeit und die sich immer weiter verschlechternde Sicherheitslage. Die meisten Menschen sind von den Jahren der Krise erschöpft.

Mali befindet sich heute an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte. Die Zukunft des Landes bleibt zutiefst ungewiss. Doch ein grosser Teil der malischen Bevölkerung hofft weiterhin auf einen Ausweg aus der Krise, der nur durch Dialog, Gerechtigkeit, nationale Versöhnung und Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Staat und Bürger-innen entstehen kann.

Amara Nouhoum Keita
Bamako



Carrfour jaune, 2022. Dramane Bamana. Werk aus Plastikstreifen.

1. Der inzwischen verstorbene Ibrahim Boubacar Keïta war vom September 2013 bis zum 18. August 2020 Präsident von Mali.
2. Übergangspräsident von September 2020 bis Mai 2021
3. Präsident der Übergangsregierung seit dem 24. Mai 2021
4. Der «inklusive nationale Dialog» zielte darauf ab, endogene Lösungen für alle Krisen zu finden, die Mali durchlebt. Viele sahen darin jedoch ein Mittel für die Übergangsbehörden, sich an der Macht zu halten. Tatsächlich lautete die wichtigste Empfehlung, die Übergangsphase zu verlängern, sowie das Abkommen von Algier zu beenden.
5. Im Rahmen des inter-malischen Dialogs wurden mehr als 302 Empfehlungen formuliert. Diejenigen, die jedoch die meisten Debatten ausgelöst haben, sind folgende:
 - Verlängerung der Übergangsphase von zwei auf fünf Jahre, bis sich das Land stabilisiert hat,
 - Förderung der Kandidatur von General Assimi Goïta bei einer künftigen Präsidentschaftswahl,
 - Beförderung mehrerer Militärverantwortlicher zu Generälen in Anerkennung ihrer Rolle bei der Verteidigung und Stabilisierung des Landes.
 - Abschaffung der öffentlichen Finanzierung politischer Parteien, um die Staatsausgaben zu senken und auf die Kritik der Ineffizienz des aktuellen Parteiensystems zu reagieren.
6. Die MINUSMA wurde durch die Resolution 2100 des Sicherheitsrats vom 25. April 2013 ins Leben gerufen, um die politischen Prozesse in Mali zu unterstützen und verschiedene sicherheitsbezogene Aufgaben zu erfüllen. Ihr Mandat lief am 31. Dezember 2023 aus.
7. Kati erstreckt sich über einen nordwestlichen Teil des Ballungsraums Bamako und präsentiert sich als Garnisonsstadt vor den Toren der malischen Hauptstadt.

Widerstand gegen die ICE-Lager

Die Trump-Regierung will landesweit Lagerhallen in Gefangenenlager für Migrant:innen umwandeln und so den Ausschaffungsapparat ausbauen. Doch an vielen Orten wehren sich die Bewohner:innen dagegen – und das mit zunehmendem Erfolg. Ein Augenscheinbericht:

Die Lagerhalle liegt etwas abseits des Highway 46 in einem Waldgebiet. Eine kurze Strasse führt dorthin, zwei Kurven, dann sieht man das weisse, über hunderte Meter lang gezogene Gebäude. Doch bevor man sich nähern kann, kommt einem ein Auto vom Parkplatz entgegengefahren, offenbar der Sicherheitsdienst. Der Mann hinter dem Steuer macht durch Handbewegungen klar, dass man hier nichts zu suchen habe. «Private property», ruft er mehrfach durchs offene Fenster und zeigt auf ein entsprechendes Schild: «Privateigentum», Zutritt verboten. Nur um Privateigentum handelt es sich bei diesem Gebäude gerade nicht. Die Lagerhalle am Rand von New Jersey gehört dem Staat. 129 Millionen Dollar zahlte das US-Heimatschutzministerium im Februar dem Immobilienentwickler «Dalfen Industrial», der bis dahin zusammen mit der Investmentbank «Goldman Sachs» Eigentümer der Halle gewesen war. Die zum Ministerium gehörende Abschiebebehörde «Immigration and Customs Enforcement» (ICE) will daraus nun ein Gefangenenlager für Migrant:innen machen, die ohne Aufenthaltserlaubnis aufgegriffen und festgenommen wurden. Bis zu 1500 Menschen sollen hier in Zukunft zeitgleich eingesperrt, später in ein anderes Gefängnis verlegt und schliesslich deportiert werden.

«Wie Prime, nur mit Menschen»

Das Lager in New Jersey ist Teil einer grösseren Operation: Donald Trumps Regierung baut an etlichen Orten im Land den Abschiebeapparat aus. Mindestens elf Lagerhallen hat ICE bereits gekauft, für etwa eine Milliarde Dollar. In manchen Einrichtungen sollen mehr als 10.000 Gefangene untergebracht werden – und damit doppelt so viele Menschen, wie derzeit im grössten Gefängnis des Landes sitzen. Insgesamt sollen rund 80.000 neue Plätze entstehen, dafür hat ICE weitere 37 Milliarden zur Verfügung. «Wir müssen besser darin werden, es wie ein Geschäft zu behandeln», sagte ICE-Direktor Todd Lyons im vergangenen Jahr. Vorbild in Sachen Effizienz und Tempo sei der Onlinehändler «Amazon Prime». «Wie Prime, nur mit Menschen», so solle der Abschiebeprozess künftig laufen, so Lyons. Nicht mal sprachlich wird die Menschenfeindlichkeit versteckt. Die Lagerexpansion hat auch sonst wenig mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Der Ankauf der Hallen findet ohne Einbezug des US-Kongresses, regionaler Parlamente und lokaler Behörden statt. Warum das Heimatschutzministerium Summen weit über dem Marktwert zahlt, bleibt rätselhaft. Auch ob die

anvisierten Standorte adäquate Versorgungsinfrastrukturen haben, scheint ICE nicht zu kümmern. Expert:innen warnen insbesondere in den ländlichen Regionen vor einer Überlastung der Trinkwasser-, Sanitär- und Verkehrssysteme. Auf gewisse Weise passt der «Privatbesitz»-Hinweis in Roxbury also doch: Der Staat handelt wie eine Firma, die sich durch Tricks jeglicher Aufsicht entziehen will. Abseits vom Licht der Öffentlichkeit soll ein Netz von Gefangenenlagern entstehen.

An vielen Orten beharrt die Bevölkerung jedoch auf Mitspracherecht. So auch in New Jersey, wo sich zuletzt eine Protestbewegung gegen das Lager in Roxbury formiert hat.

Bunte Demonstrationen

Rund hundert Menschen sind an einem Dienstagmorgen Mitte Mai vor einem Gerichtsgebäude in Newark, der grössten Stadt des Bundesstaates, zu einem Protest zusammengekommen. Viele haben selbstgebastelte Schilder mit Slogans wie «Schafft ICE ab» oder «Keine Konzentrationslager» dabei. Es war eine bunte Mischung von Leuten, jung und alt, Gewerkschaftsmitgliedern neben Umweltschützer:innen und indigenen Aktivist:innen.

Anlass des Protests ist eine gerichtliche Anhörung, die ein paar Stunden später stattfinden soll. Der Bundesstaat New Jersey und die Gemeinde Roxbury haben nämlich gegen das Heimatschutzministerium geklagt. Sie verweisen auf den «National Environmental Protection Act», ein wegweisendes Gesetz von 1970, wonach Bauprojekte dieser Grösse nicht ohne begleitende Umweltstudien durchgeführt werden dürfen.

Eine der ersten Protest-Rednerinnen ist Ann Mauro, eine 59-jährige Frau mit blasser Haut, roten Haaren und grauem Kleid. Die Folgen für die Natur seien zu beachten, sagt sie, doch das Problem sei viel grösser. «ICE hat klargemacht, auf wen sie abzielen, und das sind nicht Leute, die wie ich aussehen», rief Mauro. «Wir haben die Pflicht, uns dagegen zu wehren.»

Mauro lebt in Roxbury und erfuhr wie alle anderen Einwohner:innen durch einen Zeitungsbericht vom Dezember 2025 von den Plänen der Regierung. Der Artikel nannte Roxbury als einen von 23 Orten, die ICE für die Umwandlung von Lagerhallen im Auge hatte. Innert weniger Tage spannten verschiedene Nachbar:innen zusammen, wie Mauro erzählt. Regionale Gruppen wurden kontaktiert, Demonstrationen organisiert, Onlinepetitionen gestartet. Bis heute strömen Anwohner:innen zu jeder Stadtratssitzung, um ihre

Sorgen zu äussern. Die dauerhafte Präsenz von ICE erzeuge ein Klima der Angst, warnt Mauro. «Ich betrete kein Geschäft oder Restaurant, wenn da ICE-Kräfte sind.»

Kleiner gemeinsamer Nenner

Roxbury ist nicht der Ort, an dem man progressiven Widerstand erwartet. 57 Prozent der Wahlberechtigten sind bei der Republikanischen Partei registriert. Im siebenköpfigen Stadtrat sitzt kein-e einzige-r Demokrat:in. Tatsächlich ist für die meisten lokalpolitisch Verantwortlichen auch nicht das Lager verantwortlich, sondern die Belastung der Infrastruktur. Als der Stadtrat im Februar 2026 auf den Druck der Bevölkerung reagierte und eine Resolution gegen das Vorhaben beschloss, wurden als Gründe fehlende Transparenz sowie Trinkwasserknappheit und begrenzte Abwassermöglichkeiten genannt. Auch unter Anwohner:innen ist diese Sicht nicht unüblich. ICE mache ja eigentlich einen guten Job, sagen einige, aber bitte nicht hier.

Wenn Mauro so was hört, versucht sie mit Argumenten dagegenzuhalten. Sie betont dann, dass fast alle Menschen in den USA eine Einwanderungsgeschichte hätten, verweist auf Statistiken, die zeigen, dass Migrant:innen vergleichsweise wenige Straftaten begehen. «Ein paar Leute habe ich dadurch wohl zum Umdenken gebracht.» Bei der Rally vor dem Gerichtsgebäude ist die Opposition zu ICE der gemeinsame Nenner. Die Leute kommen aus verschiedenen politischen Zusammenhängen, eine Art linksliberale Regenbogenkoalition hat sich hier formiert. In einer Ecke drei ältere Menschen, die bei der progressiven Organisation «Indivisible» aktiv sind. In einer anderen eine kleine Gruppe von Sozialist:innen. Mittendrin flitzt William Angus herum, mit einer gelben Warnweste bekleidet und einer grossen USA-Flagge in der Hand. Der 55-jährige Angus ist Gründer der «No ICE North Jersey Alliance», wie die Koalition gegen das Lager in Roxbury heisst. Für die Demonstration hat er sich extra freigenommen. «Dass ich gegen die Regierung kämpfe, stand auf keiner meiner Bingokarten für 2026», sagt Angus. Doch Roxbury, wo er lange lebte, liegt ihm nun mal am Herzen. Und «Konzentrationslager» hätten in den USA nichts verloren.

Tödliche Bedingungen für Migrant:innen

Während manche der Protestierenden ein patriotisches Argument gegen ICE geltend machen, betonen andere die Kontinuitäten der US-amerikanischen Antiimmigrationspolitik. «Unser Kampf läuft seit Jahrzehnten», sagt Li Adorno, der aus Mexiko kommt und sich mit der Gruppe «Movimiento Cosecha» für die Rechte von Migrant:innen einsetzt. Das Lager in Roxbury wäre bereits das dritte in New Jersey, sagt der 32-Jährige.

Das US-Migrationssystem basiert längst auf Abschottung und Ausbeutung. Undokumentierte Landarbeiter:innen, Pfleger:innen und Küchenkräfte halten die Wirtschaft am Laufen – und stehen jederzeit mit einem Bein im Gefängnis. Die Grenze zu Mexiko wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter abgeriegelt, sodass Tausende beim Migrationsversuch gestorben sind. Verantwortlich für den Status quo sind beide grossen Parteien. Seit Trumps Rückkehr ins

Weisse Haus ist der nativistische Furor entfesselt. Die Anzahl der ICE-Einsatzkräfte wurde von rund 10.000 auf mehr als 22.000 erhöht, und das nicht zuletzt durch die Senkung von Ausbildungsstandards. Rund 1000 Menschen werden derzeit pro Tag im Schnitt festgenommen. 3000 lautet die Vorgabe von oben. Laut einer neuen Studie der «Brookings Institution» wurden seit Trumps Amtsantritt mehr als 100.000 Kinder von ihren Eltern getrennt. Insbesondere an republikanisch regierten Orten sind Migrant:innen bedroht. Die Zahl der Kooperationsvereinbarungen zwischen ICE und lokalen Polizeibehörden ist seit Januar 2025 von 135 auf über 1800 angewachsen. In den bereits existierenden ICE-Camps ist die medizinische Versorgung oft so miserabel, dass sich Krankheiten ausbreiten. Seit Januar 2025 sind mindestens 46 Migrant:innen in Haft gestorben. Es gibt unzählige Berichte über Menschenrechtsverletzungen und auch sexuellen Missbrauch. Man muss davon ausgehen, dass die sanitären Bedingungen in den Lagerhallen mindestens genauso desolat sein werden.

«Gewonnen!» – vorerst

Eine Sache macht jedoch Hoffnung: Die ICE-Expansion stösst auf Widerstand. Und an einigen Orten fruchtet dieser bereits. In Kansas City etwa, der grössten Stadt in Missouri,

reagierte das Unternehmen «Platform Ventures» auf den lokalen Druck und entschied sich dagegen, eine Lagerhalle an ICE zu verkaufen. Auch in Hanover County (Virginia) sorgte öffentliche Opposition dafür, dass der kanadische Konzern «Jim Pattison Developments» einen angestrebten Deal mit ICE platzen liess. In diesem Fall war mitentscheidend, dass sich innerhalb Kanadas eine Boykottkampagne gegen das Unternehmen formiert hatte. In der Kleinstadt Byhalia in Mississippi wiederum war es die Regierung selbst, die ihr Vorhaben nach Protesten zurückzog. Hier hatte sich der republikanische US-Senator in einem Brief an die inzwischen entlassene Heimatschutzministerin Kristi Noem gewandt – mit der Warnung, das Dorf wäre mit einem Lager überfordert. Aber auch dort, wo die Käufe bereits abgewickelt sind, geben die Leute nicht auf. In Georgia drehte der City Manager des 5000-Einwohner-innen-Ortes Social Circle die Wasserzufuhr zu einer Lagerhalle ab, nachdem bekannt geworden war, dass ICE daraus ein Camp für mehr als 10.000 Gefangene machen will.

Die lokalen Bewegungen seien miteinander verbunden, erklärt David Broderick. Der pensionierte Anwalt ist seit einem Jahr Teil der Anti-ICE-Koalition in New Jersey. Laut Broderick stehen hunderte Aktivist:innen aus dem ganzen Land über Signal-Grup-

penchats im Kontakt. Auch der juristische Kampf gegen das Lager in Roxbury sei durch überregionale Vernetzung entstanden. Die Generalstaatsanwaltschaft von New Jersey orientierte sich bei ihrer Klage an einem ähnlichen Fall in Maryland, wo ein Gericht im April die Regierung zu einer Untersuchung der möglichen Umweltfolgen eines ICE-Lagers verpflichtete. Es ist Broderick, der vor dem Gericht in Newark kurz vor Mittag das Mikrofon in die Hand nimmt und eine Überraschung verkündet: Die angesetzte Verhandlung falle aus, weil Trumps Regierung die Forderung nach einem Umweltgutachten akzeptiere. «Wir haben gewonnen», ruft er zum Jubel der Protestierenden. Aber ist die Freude nicht verfrüht? Mindestens für mehrere Monate sei das Projekt verzögert, sagt Broderick später. Er hofft, dass die Studie am Ende ein Gefangenenlager grundsätzlich ausschliesst. Dann wäre ICE zumindest in Roxbury geschlagen.

Lukas Hermsmeier*

* Lukas Hermsmeier, der uns seinen Artikel freundlicherweise zur Publikation überlassen hat, lebt seit 2014 in New York und arbeitet dort als freier Journalist für verschiedene Medien wie Die Zeit (Deutschland), die Wochenzeitung WOZ (Schweiz) und die New York Times (USA). Seine Themenschwerpunkte sind US-Politik, soziale Bewegungen und Gewerkschaften. 2022 erschien im Klett-Cotta Verlag sein Buch «Uprising – Amerikas neue Linke». Dieser Artikel erschien unter dem Titel «Migrationspolitik in den USA: Nester des Widerstands» in der WOZ, Nr. 22, am 28. Mai 2026.

Hier lagern keine Waren von Amazon Prime. Hier sollen Menschen bis zu ihrer Abschiebung zwischengelagert werden. Glücklicherweise regt sich durch fast alle Schichten der amerikanischen Gesellschaft ein breiter Widerstand gegen die unmenschlichen Pläne Trumps und seiner ICE in Roxbury, New Jersey. Photo: James Hooker

